
Dieter Schulte

Deine Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

I.

Nach 16 langen Regierungsjahren der konservativ-liberalen Koalition nähert sich die Zahl der offiziell als arbeitslos registrierten Menschen der traurigen Rekordmarke von 5 Millionen. Gleichzeitig hat sich die Arbeitsmarktstruktur verschlechtert, gibt es millionenfach befristete oder geringfügige Arbeit oder Scheinselbständigkeit. Fehlende Ausbildungs- und Arbeitsplätze verbauen Hunderttausenden junger Menschen den Weg in die Zukunft.

Trotz einer beschäftigungsorientierten Tarifpolitik der Gewerkschaften, trotz der weitreichenden Instrumente zur Arbeitsmarktpolitik und trotz gut gefüllter Auftragsbücher zumindest des exportorientierten Teils der Wirtschaft werden immer noch mehr Menschen auf die Straße gesetzt als eingestellt. Die Arbeitgeber sind ihrer Verantwortung für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen bisher nicht gerecht geworden.

Auch ihre Interessensverbände entziehen sich ihrer Verpflichtungen und erheben statt dessen immer neue Forderungen, ohne die alten Versprechungen einzuhalten. 500.000 zusätzliche Arbeitsplätze hatte 1996 allein das Handwerk in Aussicht gestellt, wenn nur der Kündigungsschutz für Kleinbetriebe aufgehoben würde. Vor kurzem hat der Zentralverband des Handwerks mitteilen müssen, daß 1997 im Handwerk 100.000 Arbeitsplätze abgebaut wurden - obwohl die Regierungskoalition dieser Forderung bekanntlich gefolgt ist. Und dies ist nur ein Beispiel.

Das Grundmuster, mit dem die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände arbeiten, ist ebenso empörend wie wirksam: Es wird ein Forderungskatalog aufgestellt, der den Verteilungs- und Machtinteressen der Arbeitgeber entspricht und dessen Erfüllung zur Voraussetzung für mehr Investitionen und

Arbeitsplätze erklärt wird - um sofort einen neuen Katalog zu präsentieren, kaum daß der alte abgearbeitet ist, weil der auf einmal ja nur ein allererster, noch viel zu zaghafter Schritt in die richtige Richtung gewesen sei.

Dabei hat diese Koalition in den vergangenen 16 Jahren beharrlich jenen Katalog einer einseitig angebotsorientierten Politik abgearbeitet, mit dem sie angetreten war: Deregulierung des Arbeitsmarktes, Sozialabbau, Privatisierung öffentlicher Dienste, Umverteilung von unten nach oben zugunsten der Wohlhabenden, der Besitzer von Vermögen und Produktivkapital und einer kleinen Gruppe von Freiberuflern, Immobilienmaklern und Spekulanten. Sie hat den Sozialstaat an den Rand seiner Funktionsfähigkeit gebracht. Daß nur Reiche sich einen armen Staat leisten können, wird bald zur Volksweisheit und hat schwerwiegende ökonomische Folgen: ein schwacher Binnenmarkt und kaum noch Spielräume für eine aktive Beschäftigungspolitik. Und dies ist ein wesentlicher Grund für die hohe Massenarbeitslosigkeit: Die Koalition hat sich selbst der Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten für eine aktive Beschäftigungspolitik beraubt.

Die Sozialpolitik steht vor einem Scherbenhaufen. Vielfache Leistungskürzungen beim Arbeitslosengeld, bei der Arbeitslosenhilfe, beim Schlechtwettergeld, bei der Sozialhilfe oder im Gesundheitswesen haben aus unserem sozialen Sicherungssystem Schritt für Schritt einen immer brüchiger werdenden Flickenteppich entstehen lassen - ohne daß die dahinter stehenden Probleme gelöst wären. Im Gesundheitswesen etwa wurden kaum Kosten eingespart, sondern sie wurden schlicht auf Kranke verlagert.

Wenn Reformprojekte zumindest ein Stück sozialen Fortschritt gebracht haben, dann war dies nur im Konsens möglich: wie etwa bei der Pflegeversicherung, der ersten Stufe der Gesundheitsreform, der Rentenreform von 1992 oder der Ablösung der Frühverrentung. Der DGB hat stets versucht, vernünftige und notwendige Schritte der Sozialstaatsreform mitzugestalten. Aber jeder Kompromiß mußte dieser Koalition mühsam abgerungen werden, und in vielen Bereichen ist es nur gelungen, das Schlimmste zu verhindern.

Die Risse in unserer Gesellschaft und die Beschädigungen des Sozialstaates werden tiefer und tiefer. Verschämte Armut und unverschämter Reichtum - beides gehört zum Alltag in bundesdeutschen Städten. Hinter der Fassade eines weltoffenen, im globalen Wettbewerb erfolgreichen Landes brechen die traditionellen Gegensätze von arm und reich mit neuer Wucht hervor und lassen sich auch durch eine postmoderne Informations- und Medienwelt nicht überdecken.

Dazwischen bröckelt die Mitte. Die wirklichen Leistungsträger in dieser Gesellschaft, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ebenso wie Selbständige und Handwerker, fürchten um den erarbeiteten Wohlstand, weil sie mehr und mehr die Last der Steuern und Abgaben tragen müssen, während sich Reichtum und Vermögen durch zahlreiche Steuerschlupflöcher aus ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen hinwegstehlen. Während es in anderen

Ländern gelingt, neue Jobs zu schaffen und wieder mehr Menschen in Arbeit zu bringen, sehen sich in Deutschland immer mehr Menschen von der Teilhabe am Wohlstand und am gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt, weil sie schon seit Jahren keine Arbeit mehr finden.

Unser Land braucht eine andere Politik: eine Politik, die die Massenarbeitslosigkeit entschieden bekämpft; eine Politik, die sozial gerecht ist und für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sorgt; eine Politik, die angesichts globaler Herausforderungen und tiefer Umbrüche in Arbeitswelt und Gesellschaft die Kooperation und nicht den Konflikt sucht; eine Politik der Verantwortung für das Gemeinwohl und nicht der Unterwerfung unter die Gesetze einer gnadenlosen Weltmarktkonkurrenz. Dafür setzen sich der DGB und seine Gewerkschaften gerade im Wahljahr 1998 ein - wann denn sonst?

II.

Demokratie ist nicht nur eine erstrebenswerte Staatsform, weil sie sich auf die Menschen- und Bürgerrechte gründet, sondern Demokratie bietet den einzig möglichen Ort, wo gesellschaftliche Konflikte und Gegensätze im politischen Raum friedlich ausgetragen werden können. Darum ist es um so schlimmer, wenn Probleme und Konflikte unserer Gesellschaft im politischen Raum zwar debattiert, aber kaum noch aufgegriffen und bewältigt werden. Und es ist geradezu verhängnisvoll, wenn die Probleme dieser Gesellschaft durch die Politik - oder genauer gesagt, durch politische Mehrheitsentscheidungen - wenn nicht allein verursacht, so doch verschärft werden. Wie lange hält dieses Land, hält unsere Gesellschaft es aus, daß jeder zehnte, in manchen Reaktionen von West- und Ostdeutschland bald jeder fünfte, ohne Arbeit ist?

Politikerverdrossenheit, Resignation und Skepsis, aber auch ungezielter Protest - bis hin zur Hinwendung zu demokratiefeindlichen Strömungen beeinflussen die Stimmungen vieler Menschen. Um Mißverständnisse zu vermeiden: Die Menschen werden nicht entpolitisiert, sondern im Gegenteil, ihre Anforderungen an die Politik wachsen. Ich sehe die Gefahr, daß sich viele Menschen abwenden und resignieren, weil die Politik die Anforderungen, die sie zu Recht stellen, nicht oder aber zu wenig erfüllt. Andere Menschen sind es einfach leid, immer wieder nur getröstet zu werden. Sie wollen, daß gehandelt wird - und zwar jetzt und wirksam.

Bekommen wir bald auch bei uns „französische Verhältnisse“? Diese bange Frage trieb die Politiker und Kommentatoren angesichts der ersten Regungen einer Protestbewegung arbeitsloser Menschen um. Nervös, hektisch und mehr auf öffentliche Wirkung denn auf Wirksamkeit gerichtet, brachte die Koalition ein Programm „Arbeit für alle“ in den Bundestag ein. Aufgeregte Journalisten spekulierten schon über eine neue Radikalisierung eine Fülle gewalttätiger Aktionen, als stünde die Revolution kurz bevor. Die erwartete Protestwelle blieb aus, doch immerhin: Medienwirksame und sehr geordnete Aktionen von immerhin 40000 Menschen fanden in 60 Städten statt. Geben wir uns keinen Illusionen hin, die Ruhe trägt.

Wenn der DGB im Wahljahr 1998 eine Kampagne startet, dann will er damit zuerst einmal erreichen, Menschen wieder für Politik zu interessieren, sie zu ermutigen, sich einzumischen, ihre Stimme zu erheben. Und zum anderen will er Mehrheiten in dieser Gesellschaft für eine andere Politik mobilisieren. Wir wollen ein Klima der Veränderung, des Aufbruchs, einer gesellschaftlichen Bewegung für Arbeit und soziale Gerechtigkeit schaffen. Dieser Aufbruch soll weit über die Bundestagswahl am 27. September 1998 hinausreichen.

Wir wollen Alltagserfahrung politisch machen. Dabei müssen wir Resignation und Politikverdrossenheit durchbrechen. Wir werden sehr offen sagen müssen, daß die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Politik und Gewerkschaften, die in vielen Köpfen spukt, so nicht mehr aufgeht. Eine positive wirtschaftliche Entwicklung, die meist dem konservativ-liberalen Lager zugeschrieben wird, führt seit einiger Zeit eben nicht mehr zu größerer sozialer Gerechtigkeit, Arbeitsplatzsicherheit und höheren Einkommen für die dann die Gewerkschaften zuständig und verantwortlich gemacht werden. Arbeit und soziale Gerechtigkeit lassen sich in der Betriebs- und Tarifpolitik nur in einem begrenzten Rahmen beeinflussen. Weder mit unserer Arbeitszeit- noch mit der Einkommenspolitik können wir wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen und ein ungerechtes Steuersystem korrigieren. In unseren ureigenen Handlungsfeldern stoßen wir an Grenzen, und darum müssen wir uns auch in die gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen einmischen.

III.

„Deine Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ - der Slogan unserer Kampagne ruft die Menschen auf, ihre Anforderungen an die Politik deutlich zu artikulieren. Die Visualisierung dieses Slogans wird für Stimmung sorgen nach dem Motto: „Deine Stimme für mehr Jobs“ und „Deine Stimme gegen den Sozialklausur“-Plakate und, wenn es gelingt, auch Kinospots erregen Aufmerksamkeit und sollen Aufmerksamkeit erregen.

In der Vergangenheit hatten wir immer gute Argumente und begründete Forderungen, die wir in einer eher hausbackenen Form unters Volk gebracht haben. Heute haben wir sicher ebenso gute Argumente und Forderungen. Aber mit diesen Forderungen wollen wir mitten in die Gesellschaft gehen und provozieren, die Menschen anregen und auch aufregen, denn Bewegung ist angesagt. Der DGB fordert zum Meinungsstreit heraus - und wann gibt es dazu eine bessere Gelegenheit als in einem Wahljahr?

„Deine Stimme für mehr Jobs“ - das klingt vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vielleicht nach dem Gegensatz von „Arbeit“ gegenüber „bad jobs“. Sie fühlen sich an vorübergehende Arbeitsgelegenheiten, ohne sozialen Schutz, erinnert. Der Niedriglohnssektor geistert durch die Köpfe. Genau dies wollen wir nicht.

Aber es werden sich hoffentlich viele junge Menschen zu Wort melden, deren Lebenswelt von Jobsuche und von Jobs bestimmt wird. Dazu gehören auch Gelegenheitsarbeiten, Aushilfstätigkeiten nach der Schule, neben dem Studium oder um die Sozialhilfe aufzubessern. Aber nicht nur das: Viele junge Menschen verstehen auch qualifizierte Arbeit als Job, sie wissen um den rasanten Wandel in der Arbeitswelt, um die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens. Die Tradition lebenslanger Tätigkeit im selben Beruf und meist noch am selben Ort löst sich auf. Gerade von diesen Erfahrungen her wollen wir unsere Leitbilder einer zukünftigen Arbeitsgesellschaft in die Öffentlichkeit bringen.

Die Forderung nach mehr Jobs ist unüberhörbar, und die Debatte um die Arbeit und ihre Zukunft geht die ganze Gesellschaft und nicht nur einige wenige Gewerkschaftssekretäre, Wissenschaftler oder Journalisten an.

„Deine Stimme gegen den Sozialklaus“ - dazu erwarte ich Zustimmung und Empörung. Zustimmung der von Sozialabbau Betroffenen, die sagen werden: Endlich bringt der DGB die Erfahrungen auf den Punkt, die wir seit Jahren machen. Empörung unter manchen Politikern: Sie werden den Vorwurf erregt von sich weisen und viele Argumente und Statistiken hervorholen, Beispiele von Sozialmißbrauch zitieren und mit warnendem Finger auf die Globalisierung verweisen, die unseren Sozialstaat unter Druck setze. Aber auf etliche Fragen werden sie so schnell keine Antworten finden: Warum gerade im rasanten Wandel einer globalen Welt durch Entscheidungen dieser Koalition die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer geworden sind, während ganze Branchen, die vom Konsum oder vom Wohnungsbau abhängen, dahinsiechen, warum privater Reichtum und öffentliche Armut unseren Sozialstaat an den Rand seiner Funktionsfähigkeit treiben, warum die Menschen, wenn sie „Reformen“ hören, die Hand auf das Portemonnaie halten, warum so viele Chancen, die Entwicklungen zu gestalten, verspielt wurden?

IV.

Die Kampagne des DGB stellt unsere Themen Arbeit und soziale Gerechtigkeit in den politischen Raum.

Begonnen hat sie mit dem Vorschlag Klaus Zwickels auf dem Berliner IG Metall-Kongreß Ende Oktober 1995, in einer gemeinsamen Anstrengung der Tarifvertragsparteien der Metallindustrie und darüber hinaus von Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik die Arbeitslosigkeit bis zum Jahre 2000 zu halbieren. Das „Bündnis für Arbeit“ war geboren und hat sich bis heute als die politische Innovation der letzten Jahre erwiesen. Der Gedanke, der diesem Bündnis zu Grunde lag, war ein fairer Interessenausgleich, ein gegenseitiges Geben und Nehmen zugunsten Dritter, der Menschen, die um ihren Arbeitsplatz bangen, aber mehr noch der Menschen, die bereits ihre Arbeit verloren hatten.

Die Leistung der Gewerkschaften wurde klar definiert: eine beschäftigungsorientierte Tarifpolitik, die auf Einkommenssteigerungen zugunsten von Arbeitsplätzen verzichtet, die die Instrumente der betrieblichen und tariflichen Beschäftigungspolitik vor allem bei der Arbeitszeit verbessert und der besonderen Situation einzelner Branchen und Betriebe Rechnung trägt. Dafür ist und bleibt der Flächentarifvertrag die geeignete Grundlage.

Die Gegenleistung der Arbeitgeber, die die Gewerkschaften forderten, war sehr einfach zu bestimmen: Stopp dem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen, Sicherung der Standorte und Einstellung von Jugendlichen und von Langzeitarbeitslosen, Vorantreiben von Innovationen, um zusätzliche Güter und Dienstleistungen auf die Märkte zu bringen. Der Staat - konkret die Bundesregierung - sollte diesen Prozeß konstruktiv flankieren, mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen die Wiedereingliederung Arbeitsloser fördern, das Ausbildungssystem modernisieren, industriepolitische Dialoge zur Branchenentwicklung initiieren und ansonsten auf Eingriffe in Arbeitnehmerrechte verzichten.

Auf dieser Grundlage handelte der DGB mit der Bundesregierung und den Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden das Bündnis für Arbeit und Standortsicherung vom Januar 1996 aus. Welcher Erfolg diesem Bündnis hätte beschieden sein können, beweisen zum Beispiel die im Kompromiß gefundene Ablösung der Frühverrentung durch die Altersteilzeit mit einem ausreichenden Vertrauensschutz, aber auch die zahlreichen Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen, die in dieser Zeit abgeschlossen wurden.

Gerade weil die Globalisierung der Wirtschaft nationalstaatliches Handeln mehr und mehr einschränkt, sind kooperative Strategien für die Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen sinnvoll und notwendig. Globalisierung - dies zeigt sich nun in der Krise des asiatischen Wirtschaftsraums braucht neue Regeln auf globaler wie nationaler Ebene, und diese Regeln müssen über die Politik vermittelt werden.

Der Bruch des Bündnisses für Arbeit durch die Bundesregierung und die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände war vor diesem Hintergrund nicht nur eine politische Torheit, sie ist auch nach wie vor eine wirtschaftliche und sozialpolitische Dummheit ersten Ranges. Um Handlungsfähigkeit zu demonstrieren und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften zu demütigen, wurden die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall verschlechtert, der Kündigungsschutz gelockert und ein in seiner sozialen Schieflage „obszönes“ (Rudolf Scharping) Wachstums- und Beschäftigungsprogramm aufgelegt, dessen Ergebnis die höchste Arbeitslosenzahl seit dem Zweiten Weltkrieg ist.

Die Kampagne für Arbeit und soziale Gerechtigkeit, die am Abend der geplatzten Kanzlerrunde am 23. April 1996 begann und nun in eine entscheidende Phase eintritt, will die politischen Rahmenbedingungen so verändern, daß wir ein Bündnis für Arbeit schließen können, das wirklich Arbeitslosigkeit bekämpft.

Darum werden wir zum einen von den Arbeitgebern und ihren Verbänden die Gegenleistungen für eine beschäftigungsorientierte Tarifpolitik einfordern und sie zum konstruktiven Dialog für beschäftigungspolitische Weichenstellungen auffordern. Zum anderen werden wir soviel Druck, entfalten und soviel Überzeugungsarbeit in der Politik wie bei den Wählerinnen und Wählern leisten, daß die neue Bundesregierung, gleich wer sie fährt, eine Politik betreibt, die einen vernünftigen Dialog und ein wirkungsvolles Bündnis für Arbeit wieder möglich macht.

Voraussetzung ist, die Basis für ein Bündnis für Arbeit wiederherzustellen. Konkret heißt dies die Wiederherstellung des Kündigungsschutzes für Beschäftigte in Betrieben und Unternehmen bis zu zehn Beschäftigten und Korrekturen bei der Sozialauswahl. Ebenso muß die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für alle Beschäftigten wieder auf gleichem Niveau festgeschrieben werden.

Das zweite und wesentliche Element eines neuen Bündnisses für Arbeit heißt: Wiederherstellung der beschäftigungspolitischen Verantwortung des Staates. Dazu gehört die Beschäftigungssicherung im öffentlichen Dienst, gehören stabile und verlässliche Rahmenbedingungen für die neuen Bundesländer durch Festschreibung der staatlichen Förderung auf dem bestehenden Niveau, Konzentration und Effizienz der Fördermittel, eine Sanierungsbeteiligungsgesellschaft zur Unternehmensstabilisierung. Dazu gehört für die alten wie die neuen Bundesländer: Bündelung der Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik in einem Sektor öffentlich geförderter Beschäftigung, der nach den örtlichen Möglichkeiten und Bedürfnissen gestaltet werden muß. Vor allem aber muß die Entstehung neuer und zukunftsträchtiger Arbeitsplätze gefördert werden. Innovations- und Investitionsförderung haben sich bisher auf die Großindustrie konzentriert. Dies muß um die innovative Erschließung von Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region erweitert werden. Ich würde nicht soweit gehen, eine duale Ökonomie zu fordern, da die Verflechtungen des exportorientierten Teils der Wirtschaft mit den binnenmarktorientierten Teilen nicht künstlich zu trennen sind, und der europäische Markt bis weit in die Region reicht. Aber im Umweltschutz, im Verkehrssystem, bei der Förderung der Lebensqualität in den Regionen können viele gute Ideen zum Tragen kommen, die gerade im arbeitsplatzintensiven Handwerk und bei den Dienstleistungen wirken können.

Ohne eine deutliche Stärkung der Binnennachfrage wird dies nicht möglich sein, und darum wird zu einem Bündnis für Arbeit auch eine neue Verteilungsphilosophie gehören: mehr Steuereinnahmen von den Vermögenden und Besitzern des Produktivkapitals, mehr Steuergerechtigkeit durch Stopfen von Schlupflöchern, Abbau von Privilegien und durch Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Steuern und Sozialabgaben.

In diesem Rahmen werden DGB und Gewerkschaften mit den Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden einen neuen und fairen Interessenausgleich

aushandeln müssen. Dabei wollen wir nicht im Gestrüpp von Fußnoten und Halbherzigkeiten steckenbleiben. Wir wollen eine neue Basis für die Zukunft der Arbeit in diesem Lande finden. Eine gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeit, mehr Beteiligung und Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Arbeitsplatz und im Unternehmen, Verabredungen zur Standortsicherung und zur Förderung von Innovationen und Investitionen können tragende Elemente eines solchen Interessenausgleichs sein.

Die dritte Anforderung an eine andere Politik sind deutliche Korrekturen in der Sozialpolitik. Ihre Ziele, jedem ein Leben frei von Armut und Not zu ermöglichen und die Teilhabe an der bezahlten Erwerbsarbeit und damit am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, müssen mit den sozialen Sicherungssystemen erreicht werden können. Allerdings sollte niemand die Illusion haben, eine Rückkehr in die siebziger Jahre sei möglich. Vielmehr müssen die sozialen Sicherungssysteme den veränderten Einkommensbedingungen, der erhöhten Mobilität und der gewachsenen Flexibilität gerecht werden. Eine Arbeitszeitpolitik, die sich an den Bedürfnissen und Lebensphasen der Menschen ebenso orientiert wie am Ziel, ein knappes Arbeitsvolumen gerecht zu verteilen, muß heute sozialpolitisch ganz anders frankiert werden als noch vor zwanzig Jahren. Zum Wandel der Erwerbsarbeit gehört ein wachsender Anteil von Menschen, die in neuen Arbeitsverhältnissen, die weniger oder noch gar nicht sozial geschützt sind, arbeiten. Wir brauchen kreative Ideen und finanzierbare Modelle einer sozialen Mindestsicherung, und auf diesem „Korridor der Verlässlichkeit“ muß das Verhältnis kollektiver und solidarischer Sicherung in der klassischen Sozialversicherung, von sozialer Sicherung über die betriebliche Sozialversicherung oder die Vermögensbildung und von Eigenvorsorge neu bestimmt werden. Es geht um Alternativen zum Sozialabbau, aber diese Alternativen wollen wir nicht mit dem Blick zurück, sondern mit dem Blick nach vorne und vor allem mit dem Blick auf die Bedürfnisse und Interessen der Menschen in einer differenzierten Gesellschaft entwickeln und durchsetzen.

V.

Der Aufbruch für eine andere Politik braucht eine breite soziale Bewegung. Dabei brauchen wir Hilfe.

Der Kölner Sozialstaatsgipfel im Mai 1996 hat sehr deutlich unterstrichen, welche politischen Notwendigkeiten bestehen: eine entschiedene und wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und eine Neujustierung des Sozialstaates. Zum ersten Mal in der Geschichte der Gewerkschaften fanden sich die Repräsentanten der Kirchen, der Wohlfahrts- und Sozialverbände auf einer gemeinsamen Veranstaltung und zu einer gemeinsamen Erklärung, die die Sicherung der Grundlagen und die Weiterentwicklung des Sozialstaates zum Ziel hat.

Bei der Demonstration in Bonn am 15. Juni 1996 und in allen regionalen und örtlichen Folgeveranstaltungen haben der DGB und die Gewerkschaften

mit einem breiten Spektrum von Bündnispartnern zusammenarbeiten können. Es ist ein vielfältiges Kooperationsgeflecht entstanden, das neu und weit mehr ist als die traditionellen Aktionsbündnisse der Vergangenheit.

Die andauernde Massenarbeitslosigkeit und die Gefährdung des Sozialstaates trifft weite Teile der Bevölkerung, die unterschiedlichsten „Klientel“ sozialer Organisationen, rüttelt Menschen aus verschiedenen Organisationen mit z.T. sehr unterschiedlichen parteipolitischen und weltanschaulichen Vorstellungen auf 1996 entstand eine soziale Bewegung, und unsere Kampagne 1998 wird um so mehr Erfolg haben, je mehr wir dieses Kooperationsgeflecht knüpfen können. Dazu gehört auch ein Bündnis der DGB-Jugend mit anderen demokratischen Jugendverbänden, mit Schülern und Studenteninitiativen.

Die Partner des Sozialstaatsgipfels und darüber hinaus Wissenschaftler, Journalisten und viele andere Meinungsträger sollen angesprochen werden, und ich hätte auch nichts dagegen, wenn sich Arbeitgeber zu einer Politik für Arbeit und soziale Gerechtigkeit positiv und öffentlich äußern würden.

VI.

Noch ehe der Startschuß für die Kampagne des DGB am 14. April erfolgt, haben sich die politischen Parteien zu Wort gemeldet. Soviel Nervosität hätte ich Politikern der Koalition nicht zugetraut, daß allein die Ankündigung einer Kampagne des DGB und der Gewerkschaften solche Aufregung hervorrufen würde. Aber der DGB wird diesen Koalitionären nicht den Gefallen tun, zur Wahl einer bestimmten Partei, einer Farbkombination oder einer Person aufrufen. Das überlassen wir gerne den Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden, die ihr Schicksal so offensichtlich mit dem des amtierenden Bundeskanzlers verknüpfen wollen.

Die Einheitsgewerkschaft verpflichtet zur parteipolitischen Unabhängigkeit, und darin liegt unsere Stärke. Wir haben es nicht nötig, mit einer Wahlempfehlung unsere Mitglieder und Funktionäre zu bevormunden oder gar den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vorzuschreiben, was sie zu wählen haben.

Mit dem Dresdner Grundsatzprogramm vom November 1996 und dem Aktionsprogramm vom März 1997 haben wir eine Plattform erarbeitet, die Orientierungen gibt und Forderungen enthält, die für die Gestaltung der Zukunft unseres Landes tauglich sind. Von dieser Plattform aus richten wir unsere Anforderungen an die politischen Parteien. Wir werden bilanzieren, was sie in den letzten Jahren angekündigt und bewirkt haben und wir werden werten, was sie ankündigen, wenn sie dieses Land in den kommenden vier Jahren regieren.

Die Kampagne will Probleme bündeln, Stimmungen auf den Punkt bringen und zur Stimmabgabe auffordern. Wir wollen möglichst viele Arbeitneh-

merinnen und Arbeitnehmer mobilisieren, wählen zu gehen. Aber wer ihre Stimmen erhält - das ist ihre Entscheidung und die können wir niemandem abnehmen.

Die erste Phase der Kampagne beginnt vor dem 1. Mai 1998 und findet ihren Abschluß mit dem DGB-Bundeskongreß Anfang Juni in Düsseldorf. Noch bevor die Wahlschlacht der Parteien beginnt, sind wir in der Öffentlichkeit. Wir agieren, und wir wollen die Politik zur Reaktion auffordern.

Der DGB-Kongreß wird unsere Position zuspitzen und verdeutlichen. Dann beginnt die zweite Phase, in der wir mobilisieren und motivieren wollen. Unsere Kampagne soll „Beine bekommen“ - in den Betrieben und Verwaltungen, in den Kommunen und Regionen. Diese zweite Phase endet am 27. September mit der Bundestagswahl.

Am nächsten Tag beginnt die dritte Phase. In ihr wollen wir - gestützt auf eine breite Mehrheit und Zustimmung in der Bevölkerung - mit unseren eigenen Positionen der neuen Bundesregierung ein neues Bündnis für Arbeit anbieten.

Wir werden dies in der gleichen Unabhängigkeit und Eigenständigkeit tun, mit der wir diese Kampagne beginnen. Denn wir wollen die Probleme der Menschen lösen, Massenarbeitslosigkeit überwinden und soziale Gerechtigkeit herstellen. Hier und heute und in Zukunft.